Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 19. August 2000 | 111. Jahrgang Nr. 31.263

San Martín

Vorgestern feierte Argentinien den 150. Jahrestag des Todes von General José de San Martín in Boulogne sur Mer, im Norden Frank-reichs. Der Berufsmilitär, der Argentinien, Chile und Peru von der spanischen Kolonialherrschaft befreit hat, gilt hierzulande als der Vater des Vaterlandes („Padre de la Patria"). Nicht nur als ausgebildeter Offizier, der sich in der damaligen Militärstrategie bestens auskannte und ein unglaubliches Organisationstalent entwickelte, sondern auch als Mensch, der moralische Leitsätze an Angehörige und Freunde vermittelte, hat sich San Martín als Symbol des Wunschmodells Argentiniens entwickelt, wie man das Land gerne haben möchte, ohne es zu verwirklichen.

Bemerkenswerterweise hat San Martín nur fast sechs Kindheitsjahre sowie später ein Dutzend Jahre als Erwachsener in Südamerika gelebt, davon zwei Jahre in Buenos Aires und vier Jahre in Mendoza, ferner in Chile und Peru, zusammen etwa neunzehn Jahre. Mehr als ein halbes Jahrhundert seiner 72 Lebensjahre verbrachte San Martín in Europa. In Spanien wurde er ab seinem elften Jahr zum Offizier ausgebildet, in welcher Laufbahn er 22 Jahre verbrachte. In England hielt er sich mehrere Jahre auf, ebenso nach seiner Rückkehr aus Argentinien in Frankreich sowie vorübergehend abermals in England und in Belgien. Nur einmal verschiffte er sich 1829 nach dem La Plata, kehrte aber ohne auszusteigen mit dem gleichen Schiff wieder heim nach Europa, weil ihm die politischen Zwistigkeiten in Buenos Aires missfielen.

Der anfangs monarchietreue spanische Offizier José de San Martín, der für die Krone in Schlachten gekämpft hatte, bekehrte sich zum Freiheitshelden, der die militärische Vormacht der spanischen Krone in Südamerika am Pazifik besiegte und die treibende politische Kraft für die Unabhängigkeitserklärung vom 9. Juli 1816 in Tucumán war. Diese Wandlung beruht auf seiner Mitgliedschaft an der Freimaurerei, damals in Europa und Nordamerika die Partei der Freiheit und der Unabhängigkeit amerikanischer Kolonien.

Mit anderen Freimaurern der Loge Lautaro reiste San Martín von London aus nach Buenos Aires, wo er sich als Berufsoffizier der damaligen Regierung zur Verfügung stellte und das Regiment der Granaderos mit strengem militärischem Drill ausbildete. Seit der Absetzung des Vizekönigs am 25. Mai 1810 gab es kaum ausgebildete Offiziere am La Plata. Die Verteidigung des von der spanischen Monarchie nach dem Sturz Napoleons bedrohten ehemaligen Vizekönigtums musste von Milizen übernommen werden, die heroische Schlachten gegen ausgebildete Spanier im Nordwesten und in Paraguay schlugen.

San Martín sah ein, dass die beste Strategie zur Landesverteidigung darin bestand, die spanische Armee zuerst in Chile zu bezwingen, um von dort aus Lima zu befreien, wo das mächtige Vizekönigtum seinen Sitz hatte, das damals ungleich bedeutender war als das armselige Vizekönigtum des La Plata mit Sitz in Buenos Aires. Der Befreier bildete ein Heer in Mendoza aus, wo er auch als Gouverneur von Cuyo amtierte, überquerte 1817 die Kordillere, besiegte die Spanier in Allianz mit dem chilenischen Freiheitshelden Bernardo 0'Higgins, und schiffte sich 1820 auf englischen Transportern bis Peru ein, wo er Lima besetzte und auch als Gouverneur wirkte.

Nach seinem Treffen mit dem venezolanischen Freiheitshelden Simón Bolívar in Guayaquil, zog sich San Martín 1822 zurück. Bolívar vollendete die Aufgabe und besiegte die Spanier endgültig im Jahr 1825, anderthalb Jahrzehnte nach der Absetzung des Vizekönigs. San Martín kehrte nach vollendeter Tat zuerst nach Mendoza und nach zwei Jahren heim nach Europa. Er entzog sich den Querelen der Lokalpolitik von Buenos Aires, wo sich zahlreiche Feinde tummelten, die sich vor ihm als Befreier fürchteten. San Martín war der Politik entschieden abhold und blieb sich selber stets treu.

Als Vater des Vaterlandes wird San Martín landesweit geehrt. Einige Schriftsteller bemühen sich, ihn auch als Menschen zu schildern, seine Schwächen und Vorlieben herauszustellen und der Legende auf den Grund zu gehen, nach welcher er nicht der Sohn von Juan de San Martín und Gregoria Matorras war, sondern natürlicher Sohn des adeligen Spaniers Diego de Alvear, Vater seines Logenbruders Carlos de Alvear, und einer Guaraní-Einheimischen. Die Legende, die in der Familie Alvear über Generationen hinweg kolportiert worden ist, interessiert klatschsüchige Leser von Büchern und Aufsätzen, entbehrt aber der historischen Beweiskraft. Welche Liebschaften San Martín gehabt haben soll, ist ebenfalls Gegenstand von Geschichtsklatsch, hat aber überhaupt keine Bedeutung hinsichtlich der Leistungen des Befreiers dreier Länder in Südamerika und seiner moralischen Ausstrahlung, die bis heute in einer vielfach korrupten Gesellschaft als ethisches Leitbild weiter wirkt.

Schmiergeldverdacht im Senat

Präsident Fernando de la Rúa hat angesichts der Anschuldigungen gegen seine Regierung wegen angeblicher Schmiergeldzahlungen den Senat aufgefordert, zur Klärung der Vorwürfe einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. „Die Verfassungskommission wird alle notwendigen Schritte zur Aufklärung einleiten", sagte de la Rúa am Donnerstag nach einem Gespräch mit Ex-Präsident Rául Alfonsín. Da die Gerüchte im Senat entstanden seien, solle dieser ihnen auch nachgehen, meinte der Präsident. Zugleich wies de la Rúa die Vorwürfe neuerlich als „absurd" zurück.

Unter der Woche waren im Senat anonyme Flugblätter aufgetaucht, wonach sich die Allianz-Regierung mit Schmiergeldzahlungen die Zustimmung des Senats zur umstrittenen Arbeitsreform erkauft habe. Zuwendungen erhielten demnach sowohl Oppositionspolitiker als auch unentschlossene UCR-Parteigänger. Der Verabschiedung des Gesetzespakets als Herzstück der Regierungspolitik waren vor einigen Monaten sowohl heftige innerparteiliche wie auch fraktionsübergreifende Auseinandersetzungen im Kongress vorausgegangen.

Ebenso wie de la Rúa wies auch UCR-Chef Alfonsín am Rande der San Martín-Feierlichkeiten die Anschuldigungen aus dem Oppositionslager vehement zurück, räumte jedoch ein, „dass es sehr schwierig wird, vernünftig zu arbeiten, wenn der Verdacht nicht schnellstens aus der Welt geräumt wird". Während in Allianz-Kreisen die Opposition als Urheber der Flugblatt-Aktion verdächtigt wird, spricht der PJ von einem „regierungspolitischen Schachzug", mit dem der mehrheitlich von der Opposition beherrschte Senat diskreditiert werden solle.

Abschiedsbesuch von Madeleine Albright

US-Außenministerin Madeleine Albright hat am Mittwoch während ihrer Abschiedsreise durch fünf Länder Südamerikas in Buenos Aires die „exzellenten Beziehungen" zwischen den USA und Argentinien gelobt. Diese hätten nicht zuletzt angesichts der Vertiefung der „demokratischen Struktur" Argentiniens gedeihen können, sagte Albright nach einer Unterredung mit ihrem Amtskollegen Adalberto Rodríguez Giavarini im Palacio San Martín. Argentinische Blauhelm-Einsätze wie im Kosovo oder in Zypern seien in jeder Hinsicht als „positiv" zu bewerten. Insgesamt habe während der Amtszeit von US-Präsident Bill Clinton eine „Dynamisierung des Verhältnisses" zwischen beiden Ländern stattgefunden.

Bei dem anschliessenden rund einstündigen Gespräch mit Präsident Fernando de la Rúa in der Casa Rosada ging es vor allem um die Stärkung der Demokratien des Subkontinents und Investitionen durch US-Unternehmen in Argentinien. Die Öffnung des Telekommunikationsmarktes zum 9. November bewertete Albright als „Chance" für US-Firmen, weiter in Argentinien zu investieren. Sie forderte auch eine Deregulierung des bilateralen Luftverkehrs.

Bei einem Treffen mit den Müttern der Plaza de Mayo hatte die Außenministerin zuvor angekündigt, sich für die Freigabe bisher geheimer US-Dokumente über die Verfolgung von Regimegegnern während der Militärdiktaturen in den 70er Jahren einsetzen zu wollen.

Am Donnerstagmorgen endete der 36-stündige Aufenthalt Albrights in Buenos Aires auf eigenen Wunsch mit einem Besuch des neuen AMIA-Gebäudes. Im Anschluss flog die Außenministerin nach Chile.

Kirchenschelte für die Regierung

Diskussion um Menem-Aussagen zur Dollarisierung

Am Tag danach argumentierte die Regierung aus defensiver Position in Beantwortung des scharfen Angriffs von Kardinal Raúl Primatesta, den dieser am Sonntag gegen deren Sozial- und Wirtschaftspolitik gerichtet hatte. In die Bresche trat Innenminister Federico Storani, der erklärte: „In acht Monaten kann man keine Wunder vollbringen. Wir bitten die Bürger, uns zu vertrauen.“ Storani hatte an dem Treffen der Sozialkommission der Bischöfe in Río Cuarto, deren Vorsitzender Primatesta ist, als einziger Vertreter der Regierung teilgenommen.

Im Rahmen der bisher schärfsten, von der Kirche an der Amtsführung der Allianzregierung ausgesprochenen Rüge hatte Primatesta ausdrücklich versichert, dass die Allianzregierung eine Lösung zur Überwindung der Krise, die sich durch hohe Armuts- und Arbeitslosenquoten auszeichne, noch nicht gefunden habe. „Es fehlen hier dauerhafte und sichere Wege für die Organisation unserer Nation“, fügte der Kardinal hinzu.

Präsident Fernando de la Rúa enthielt sich während einer Reise nach Jujuy zur Eröffnung der Arbeiten am Jama-Pass nach Chile jeder Äußerung. Sozialministerin Graciela Fernández Meijide ihrerseits stufte die Worte Primatestas als „zu dramatisch“ ein, räumte jedoch ein, dass, wenn es zu keiner „Reaktivierung der Situation“ käme, die Folgen katastrophal sein könnten. Gleichzeitig ließ sie rhetorische Botschaften verlauten: „Ich bin davon überzeugt, dass die Regierung alles erforderliche unternimmt.“ Doch stehe auch die Wirtschaft in der Verantwortung. Im übrigen sei sich die Regierung über die Notwendigkeit einer Verbesserung der sozialen Situation bewußt.

Innenminister Storani war andererseits der Wortführer der Kritiker des Menemismus, dem er vor allem die hohe Arbeitslosenquote anlastete und unterstrich, dass die Regierung mit allen Mitteln versuche, ein Wirtschaftswachstum zu erreichen. Als Beispiele nannte Storani das Gesetz zur Förderung der PyMEs, das in der Abgeordnetenkammer verabschiedet wurde und im Senat gebremst wird.

„En passant“ wies Storani die scharfen Kritiken Menems vom Montag zurück und verwarf dessen Empfehlung einer „Dollarisierung“ der Wirtschaft. Er folgte damit den Ablehnungen einiger bedeutender Banker und Unternehmer. Dies, so Storani, wäre nicht mehr als eine „Schraubendrehung“ mehr in der Konzentrationspolitik, die der Menemismus als Erbe hinterließ.

De la Rúa erklärte an die Adresse Menems gerichtet: „Als Ex-Präsident sollte er derartiges zum Wohl des Landes nicht sagen. Wir kämpfen mit den enormen Problemen, die seine Regierung uns hinterlassen hat. Daher sollte er besser schweigen.“ Wirtschaftsminister José Luis Machinea fand noch drastischere Worte für die Äußerungen Menems und bezeichnete sie als „unglaubwürdigen Unsinn“. Der sich zunehmend von Menem distanzierende Bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf sprach von einem „absurden und kindischen“ Vorschlag. Eine Dollarisierung hieße, „die Hände in die Taschen der Argentinier zu stecken“.

Erfolgloser „Spürhund“ Alvarez

Ñoquis-Jagd einen Monat nach dem Skandal im Senat in der Sackgasse

Mehr als einen Monat nach Start der Unersuchungen ist es Senatspräsident Carlos „Chacho“ Alvarez bis Freitag nicht gelungen, sogenannte „ñoquis“ im Senat aufzudecken. Obwohl Alvarez seit der Vereinbarung mit den Senatoren des PJ und der Allianz verschiedene Kontrollmechanismen in Gang gesetzt hat, ist das Ergebnis gleich null. Ein leitender Angestellter der Senatsverwaltung erklärte hierzu, man habe 40 Prozent des Ermittlungsverfahrens durchgeführt und sei dabei zu keinem Ergebnis gekommen. Legale Hindernisse und Schwierigkeiten in der Instrumentierung von Systemen zur Aufdeckung der ñoquis verzögern die erwarteten spektakulären Ergebnisse.

Alvarez jedoch wußte von vornherein, dass er keinen unmittelbaren Erfolg haben würde, setzte aber bei dem Entschluss, den „Kreuzzug gegen die ñoquis auf seine politische Fahne zu schreiben“ auf den mediativen Effekt. Obwohl er dabei die Zeiten einer realen Wirkung nicht berücksichtigte, scheint seine Berater nicht zu beunruhigen, dass die Namen der ñoquis nicht sofort bekannt werden. Tatsächlich erreichte Alvarez mit seiner Initiative, die wie eine Bombe im Senat einschlug, zwei für sein Überleben lebenswichtige Effekte angesichts einer peronistischen Mehrheit bis 2001: Verhinderung einer gewohnheitsmäßigen Zunahme des Personals und vor allem die Demonstration seiner politischen Stärke gegenüber den PJ-Senatoren, die versuchten, ihm gegenüber einige Bedingungen durch-zusetzen.

In Alverez Umgebung wird dazu kommentiert, „Chacho“ habe sich als effektiver Präsident bewiesen, denn einen anderen hätte man überrollt. Im anderen „Lager“ ließ in einer Art Rückzugsgefecht ein PJ-Senator verlauten, alles habe ja nur gezeigt, dass die ñoquis von Alvarez nicht existierten. Allerdings überging er dabei den Umstand, daß einige seiner Kollegen sehr wohl die Existenz derartiger „Angestellter“ im Oberhaus zugegeben hatten.

Alles hatte vor zwei Monaten begonnen, als die PJ-Fraktion im Senat Alvarez drohte, ihm die Vollmachten für die Verwaltungsführung abzunehmen und ihn zu einer „dekorativen Figur“ zu degradieren. Der Vizepräsident reagierte unmittelbar mit der Anklage, in der Kammer gebe es 800 „Angestellte“, die Gehälter beziehen würden, ohne zu arbeiten und beschuldigte die PJ-Senatoren der Absicht, den Senat in den alten Stadtrat von Buenos Aires zu verwandeln und eine „Bande“ zu bilden, die ihn erpresse. Auch veröffentlichte Alvarez eine komplette Liste der 3.300 Angestellten des Senats und provozierte damit Mutmaßungen über die Angehörigen heraus, die jeder Senator beschäftigte.

Der Konsens folgte auf dem Fuße. PJ-Fraktionschef Augusto Alasino (Entre Ríos) war der erste, der einräumte, es sei sinnlos, sich auf eine vor der öffentlichen Meinung bereits verlorene Auseinandersetzung einzulassen. Folge war die Vereinbarung einer Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung eines übermäßig aufgeblähten Personalstandes, der 80 Prozent des Senatshaushaltes verschlingt.

Randglossen

Allianzinterne Querelen regen die Politiker auf, die seit dem 10. Dezember 1999 die Regierung führen. Präsident de la Rúa wird von Kabinettschef Rodolfo Terragno und Sozialministerin Graciela Fernández Meijide begleitet. Alle drei haben vor drei Jahren zusammen mit Vizepräsident Carlos „Chacho“ Alvarez und UCR-Parteichef Raúl Alfonsín die Allianz gegründet, die jetzt regiert. Alvarez regt sich über angebliche Telefongespräche auf, die abgehört und in der Presse kolportiert wurden. De la Rúa bemühte sich, Alvarez zu besänftigen, indem er ihn persönlich im Senat besuchte und für ein trautes Gespräch im Regierungsgebäude abholte. De la Rúa besuchte auch Alfonsín in seinem Heim zwecks Aussprache. Zwei freundliche Gesten des Staatschefs, um die Allianz zusammen zu leimen, die sonst möglicherweise in die Brüche gehen könnte.

Im Senat kochen die Gemüter über das Gerede, das von angeblichen Geldgeschenken wissen will, damit die widerspenstigen justizialistischen Senatoren vor einigen Monaten das Arbeitsgesetz verabschiedeten. Ein anonymes Pamphlet nannte Namen solcher Senatoren. PJ-Senator Antonio Cafiero gab der Sache sogar parlamentarischen Status als Privilegantrag, damit untersucht werde, ob solche Geldgeschenke tatsächlich stattgefunden haben, als ob jemand das zugeben würde. Regierungssprecher wie Arbeitsminister Flamarique, dem solche Geldgeschenke zwecks Stimmenkauf unterstellt wurden, und die PJ-Senatoren streiten die Unterstellungen entrüstet ab, die vorerst dazu beigetragen haben, das angeschlagene Image des argentinischen Kongresses und der Parteipolitiker schlechthin tiefer zu degradieren, bis nichts mehr übrig bleibt.

WOCHENÜBERSICHT

San Martín-Feiern

Mit einem farbenprächtigen, von Präsident Fernando de la Rúa angeführten Umzug hat Argentinien am Donnerstag des Todestages seines Nationalhelden und Befreiers, General José de San Martín, gedacht. „San Martín wird uns immer als grosser Mensch, Soldat und brillanter Stratege in Erinnerung bleiben, ..., der nichts mehr liebte als die Freiheit seines Vaterlandes“, sagte de la Rúa vor mehreren Tausend Zuschauern sowie fast 5.000 Polizisten und Militärs aller Waffengattungen, die an dem rund zweistündigen Umzug entlang der Plaza San Martín teilnahmen. Neben Stadtregierungschef Aníbal Ibarra und seiner Stellvertreterin Cecilia Felgueras hatte auch der uruguay-ische Präsident Jorge Battle auf der Ehrentribüne Platz genommen.

„Nationale Bewegung“

Ex-Präsident Raúl Alfonsín hat eine „Bewegung der nationalen Einheit“ gefordert. Diese könne auch den Justizialismus einschließen, sagte der UCR-Vorsitzende am Wochenende in Catamarca. Alfonsín stützte seinen Vorschlag auf die Feststellung, dass die Allianz aus UCR-Frepaso nicht ausreiche, um die wirtschaftliche und soziale Krise des Landes zu überwinden. Angesichts „vor der Tür stehender Krisenzeiten, die Verwirrung stiften werden“, sei eine „große nationale Bewegung“ notwendig.

CGT bei Flamarique

Arbeitsminister Alberto Flamarique und die Spitze des „offiziellen“ Gewerkschaftsdachverbandes CGT um Generalsekretär Rodolfo Daer haben am Dienstag die „sozioökonomische Situation“ des Landes diskutiert. Dabei stellte Flamarique der CGT die Erfüllung eines wiederholt geäußerten Wunsch in Aussicht: Präsident Fernando de la Rúa wird die CGT-Führung am kommenden Mittwoch zu einem Gespräch empfangen.

Avirán-Warnung

Der israelische Botschafter Yitzak Avirán hat neuerlich Verschleppungen bei der Aufklärung des AMIA-Attentats kritisiert. Zwei Wochen vor Ende seiner Amtszeit sagte Avirán, sowohl Präsident Fernando de la Rúa als auch dessen Vorgänger Carlos Menem wüßten sehr gut, „dass eine Verbindung zwischen der iranischen Botschaft und den Terroristen“ bestand, die an dem Attentat auf die AMIA beteiligt waren. „Wenn die Schuldigen nicht zur Rechenschaft gezogen werden, besteht logischerweise die Möglichkeit weiterer Attentate“, erklärte der scheidende Botschafter.

„Nationaler Sicherheitsrat“

Innenminister Federico Storani strebt einen landesweiten Plan zur Verhütung von Straftaten an. Der Plan soll bei einem Treffen mit den Gouverneuren aller Provinzen vorgestellt werden. Der so genannte „Nationale Sicherheitsrat“ ist für Ende August oder Anfang September vorgesehen. Derzeit werden von Storani und Justizminister Ricardo Gil Lavedra noch letzte Einzelheiten des Plans ausgearbeitet.

UCR in Córdoba

Führende UCR-Politiker in der Provinz Córdoba, die lange Jahre von den Radikalen regiert wurde, haben eine Comisión de Acción Política gebildet. Diese soll der derzeitigen Parteiführung „Rückhalt“ bis zu den Internwahlen der Partei im März 2001 geben. Die namhaftesten Vertreter der Kommission sind Eduardo Angeloz, Ramón Mestre, Rubén Martí und Carlos Becerra.

Castrilli im Amt

Der Gouverneur von Buenos Aires, Carlos Ruckauf, hat am Dienstag den wegen seiner Entscheidungen auf dem Fußballfeld umstrittenen Ex-Schiedsrichter Javier Castrilli zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission für Sicherheit im Sport der Provinz Buenos Aires ernannt.

Neue 50-Centavo-Münzen

Die Zentralbank prüft derzeit eine Neuauflage der 50-Centavo-Münzen. Dies erklärte der zuständige Abteilungsleiter der Bank, José María Avilés. Grund sei die hohe Fälschungsrate dieser Münzen, sagte der Banker und zitierte Geschäftsleute, Busfahrer und Zeitungsverkäufer. Demnach sind zwischen fünf und zehn Prozent der 50-Centavo-Münzen falsch. Nach Angaben der Zentralbank wurden 1998 6.522 gefälschte Münzen registriert, 1999 waren es jedoch bereits 119.991. Als Folge lehnen bereits einige Stadtbus-Linien die Münze als Zahlungsmittel ab, andere haben bereits angedroht, sich dem Boykott anzuschliessen.

75 Jahre Radio Mitre

LR6 Radio Mitre (AM 80) hat am Mittwoch seinen 75. Geburtstag gefeiert. Der seit zehn Jahren der Clarín-Gruppe zugehörige Sender wurde von der Familie Mitre am 16. August 1925 gegründet. Das erste Studio lag im Stadtteil Flores, später zog der Sender ins Barrio Norte.

Liberalen-Treffen

Die Bonaerenser UCeDé hat am Wochenende in Mar del Plata eine neue politische Kampagne gestartet. „Hier sind wir, die Liberalen der onaerenser UCeDé, weil es einen freien Raum gibt, den wir einnehmen wollen. Wir fühlen uns nicht von den Führungskadern der Mehrheitsparteien vertreten, die als Ausweg aus der Krise nur die Neuauflage der alten Politik sehen“, erklärte der UCeDé-Vorsitzende Hugo Bontempo mit Blick auf die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven Argentiniens.

Zwei Damen im Visier der Justiz

Bellos „fauler“ 8-Millionen-Vertrag / Alsogaray weiter unter Druck

Nach einer intensiven Fahndung hat die Bundespolizei Anfang der Woche den Unternehmer Carlos Solimei festgenommen. Solimei ist im Zusammenhang mit einer laufenden Untersuchung der Justiz ein Zeuge von ausschlaggebender Bedeutung. Es geht dabei um einen mutmasslich ohne Ausschreibung zustandegekommenen 8-Millionen-Dollar-Vertrag über eine Präventivkampagne gegen den sogenannten „Jahr-2000-Effekt“ der Computer im vergangenen Jahr und die Feststellung, ob der Staat dabei betrogen wurde.

Den Vertrag hatte die ehemalige Staatssekretärin Claudia Bello unterschrieben, die am 25. August in dieser Sache von einem Bundesrichter vernommen wird. Die Situation Bellos hat sich wegen der Festnahme Solimeis verschlechtert, weil die Justiz zu der Annahme gekommen ist, dass ein Teil der acht Millionen einer Bestimmung zugeführt wurden, die nicht die vorgesehene war.

Auch bestehen Zweifel hinsichtlich der Preise, die von Bello akzeptiert und bezahlt wurden, sowie die Außerachtlassung bestimmter legaler Schritte, die sie vor dem Start des Kontraktes hätte erfüllen müssen. Die Strategie von Bello, für die Allianz einer der Paradefällen der Korruption des Menemismus, hat bisher die Beschuldigungen immer zurückgewiesen, doch verschlechterte sich ihre prozessuale Situation immer mehr.

Während die Untersuchung im Fall des sich in Untersuchungshaft befindlichen Ex-PAMI-Chefs Víctor Alderete weiter geht, hat die ehemalige Umweltsekretärin María Julia Alsogaray am Mittwoch einen weiteren Rückschlag in ihrer Verteidigung hinnehmen müssen. Zur Prüfung der Angabe von María Julia Alsogaray hatte Bundesrichter Juan Galeano bei der Abgeordnetenkammer die Veröffentlichung der Vermögenserklärung ihres Vaters, des Ex-Abgeordneten Alvaro Alsogaray gebeten.

Nach den Erkenntnissen der Kammer kann María Julia von ihrem Vater die Summe, die sie als Vorschuss auf ihr Erbe deklarierte, nie erhalten haben, weil dieser demnach offenbar nie über ein Barvermögen im entsprechenden Umfang verfügte. Die Ex-Staatssekretärin hatte anfänglich von 800.000 Pesos und später sogar von 1,4 Millionen Pesos gesprochen, die sie von ihrem Vater erhalten habe. Die Herkunft ihres wundersamen Vermögenszuwachses als Funktionärin in der Ära Menem bleibt also nach wie vor ungeklärt.

Lehrerstreik in Misiones

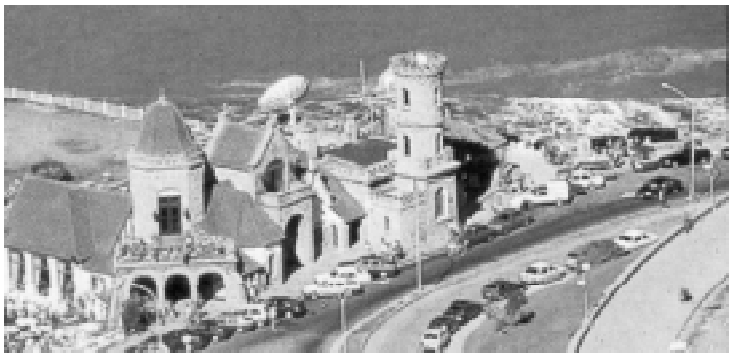
In der Provinz Misiones hat sich der Lehrerstreik zugespitzt. Auslöser war die Weigerung von Gouverneur Carlos Rovira, der es am Sonntag abgelehnt hatte, den Bischof von Iguazú, Joaquín Piña, und den Verwalter der Kathedrale von Posadas, Víctor Arnhardt, zu empfangen. Beide waren von den seit fast vier Wochen streikenden Lehrern als Unterhändler entsandt worden.

Die Pädagogen fordern Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die Abschaffung von Abgaben und die Erfüllung der Altersversorgungsnormen. Daraufhin blockierten die Streikenden, die Zelte in verschiedenen Städten der Provinz aufgestellt haben, am Sonntag kurzzeitig drei Fernstraßen. Besorgte Eltern fürchten unterdessen, dass ihre Kinder - ähnlich wie 1999 in Corrientes - angesichts des langen Streiks das Schuljahr wiederholen müssen.

AUSFLÜGE UND REISEN

Küstenstrasse in Mar del Plata

Taxifahrer als Auskunftsbeamte für Touristen in Mar del Plata



Küstenstrasse in Mar del Plata.

Wer ewig jung bleiben will, muss sich auch ständig erneuern.

Die Stadtväter von Mar del Plata wissen das und haben für die kommende Saison zahlreiche Neuigkeiten vorbereitet. So bekommt die Stadt zunächst ein neues Messegelände unweit Camet, an der Ruta 2.

Dieses Centro Municipal de Ferias y Exposiciones umfasst ein Areal von 13.700 Quadratmetern, wo von nun an zahlreiche Ausstellungen stattfinden werden.

Neben der Renovierung der Badestrände und einer Intensivierung der Theateraktivitäten in der kommenden Sommersaison („My Fair Lady“ u.a.m.) werden künftig auch Taxi- und Remise-Fahrer aktiv für das Wohl der Besucher sorgen. Diese Chauffeure - ihre Fahrzeuge sind durch einen Aufkleber besonders gekennzeichnet - werden per Funk mit einer zentralen Auskunftsstelle verbunden sein und können so dem Fahrgast auf Anfrage Details über Unterkunft, Restaurants oder Vergnügungen vermitteln.

Gute Skisaison

Dieser Winter bietet dank der üppigen Schneefälle ausgezeichnete Möglichkeiten für Skifreunde, die zudem von zahlreichen Sonderangeboten profitieren können.

So organisiert das berühmte Wintersportzentrum Portillo in Chile, rund 200 Kilometer westlich von Mendoza, im September und Oktober die sogenannten „Semanas de Ski“: Eltern, die eine Skiwoche buchen, können ein Kind (bis zwölf Jahre) unentgeltlich mitnehmen. Tikkets für sämtliche Lifts und vier Mahlzeiten am Tag sind im Preis inbegriffen.

Am besten informiert man sich direkt telefonisch bei den Betreibern über den Vorzugstarif, indem man in Santiago de Chile die Nummer 562-2630606 anwählt.

Córdoba - USA

Der Flughafen Pajas Blancas in Córdoba wird Terminal für immer mehr Flugmöglichkeiten ins Ausland. Der Reisende braucht nun nicht mehr unbedingt über Aeroparque oder Ezeiza ins Ausland zu fliegen, sondern startet beispielsweise entweder mit Varig von Córdoba nach Sao Paulo und von hier ab weiter nach Europa, oder aber - eine Neuigkeit - nach Santiago de Chile, Sao Paulo, Madrid, Frankfurt oder New York mit LAN Chile. Auch Nonstopflüge von Santiago de Chile nach Los Angeles sind möglich, wenn man in Córdoba die Verbindungsmaschine nach Santiago nimmt.

Das soeben eröffnete Büro von LAN Chile in Córdoba vermittelt Auskunft, Nueve de Julio 53.

Marlú

Enttäuschende „Albiceleste“

Trotz einer enttäuschenden Leistung und eines glücklichen 1:1 (0:0) gegen Paraguay hat Argentiniens Fußball-Nationalmannschaft am Mittwoch die Tabellenführung in der südamerikanischen Qualifikationsgruppe für die WM 2002 verteidigt. In einer von der Mannschaft von Nationaltrainer Marcelo Bielsa ideenlos geführten Begegnung vor 60.000 Zuschauern im Monumental brachte Roberto Acuña (60.) die Gäste mit einem Schuss aus der Halbdistanz in Führung, der ansonsten blasse River-Star Pablo Aimar (66.) erzielte nach schönem Doppelpass mit Hernán Crespo den Ausgleich für die „Albiceleste“.

Mit 16 Punkten aus sieben Spielen führt Argentinien aber trotz der „Mini-Krise“ und nur einem Punkt aus den letzten beiden Begegnungen (zuvor 1:3 gegen Brasilien) weiter die Tabelle mit vier Zählern Vorsprung an. Zweiter ist nach dem 1:0 gegen Uruguay jetzt Kolumbien (12). Brasilien rutschte durch die fast schon sensationelle 0:3-Niederlage am Dienstag in Santiago auf den vierten Rang ab. Estay (25.) sowie Zamorano (44.) und Salas (74.) trafen für Chile, das sich auf Platz sechs verbesserte.

TABELLE

Fußball

WM-Qualifikation

Argentinien - Paraguay 1:1 (0:0); Chile - Brasilien 3:0 (2:0); Kolumbien - Uruguay 1:0 (0:0); Ecuador - Bolivia 2:0 (1:0); Peru - Venezuela 1:0 (0:0).

Tabelle: 1. Argentinien 16:6, 16 Punkte; 2. Kolumbien 7:4, 12; 3. Uruguay 7:5, 11; 4. Brasilien 9:9, 11; 5. Paraguay 8:8, 11; 6. Chile 11:9, 10; 7. Ecuador 9:9, 10; 8. Peru 5:5, 8; 9. Bolivien 4:9, 5; 10. Venezuela 5:17, 3.

Fußball

Maradona-Homepage

Was lange währt wird endlich gut. Nach monatelangen Verzögerungen hat nun auch die „10“ eine eigene Homepage im Internet: www.dodici.com wurde am Donnerstag in Abwesenheit des auf Kuba weilenden Diego Maradona in Buenos Aires vorgestellt. Der Weltmeister von 1986 ließ sich jedoch von Frau, Kindern und Eltern vertreten. Die „offizielle“ Site zeigt neben Spielszenen auch Ausschnitte der Biografie „Yo soy el Diego“, die Editorial Planeta Anfang Oktober auf den Markt bringt.

Fussball

Cambiasso zurück

Einen Tag vor seinem 20. Geburtstag hat Junioren-Nationalspieler Esteban „el Cuchu“ Cambiasso am Donnerstag in Buenos Aires nach seiner Rückkehr aus Madrid neuerlich einen Ein-Jahres-Vertrag bei Altmeister Independiente unterschrieben. Der Mittelfeldspieler wird damit für ein weiteres Jahr vom Champions-League-Sieger Real Madrid an den 13-fachen argentinischen Meister ausgeliehen. Der Vizemeister des Torneo Clausura einigte sich mit den Spaniern, die die Transferrechte an Cambiasso halten, auf eine Leihgebühr von 200.000 Dollar bis Juli 2001. (dpa/AT)

SERVICIOS DIGITALES
www.multimedia.com.ar
Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

„Mi Buenos Aires querido“

Daniel Barenboim gibt Tangokonzert im Teatro Gran Rex

Nach zwei restlos ausverkauften Konzertabenden im Teatro Colón am vergangenen Donnerstag und am heutigen Samstag, steht für Daniel Barenboim am Mittwoch noch ein Tangoabend zusammen mit Hector Console (Bandoneón) und Rodolfo Mederos (Bass) im Teatro Gran Rex auf dem Programm. Das Trio wird insgesamt 14 Werke ihrer gemeinsamen CD „Mi Bue-nos Aires querido“ zum Besten geben. Das Konzert beginnt um 21.30 Uhr; Karten im Vorverkauf gibt es ab 20 Pesos unter Tel.: 4232-7200.

Anlass für Barenboims Besuch in seiner Geburtsstadt Buenos Aires ist sein 50. Bühnenjubiläum. Am 19. August 1950 hatte der damals erst Siebenjährige sein Bühnendebüt mit einem Klavierkonzert gegeben. «In diesen Tagen möchte ich wieder in Buenos Aires spielen. Hier fühle ich mich trotz meines späteren Lebens in Israel, Paris, London, Chicago und Berlin zu Hause», sagte Barenboim, der es sogar abgelehnt hatte, dieses Jahr bei den Bayreuther Festspielen zu dirigieren, um an den Río de la Plata zu reisen. Der international renommierte Dirigent und Pianist wurde 1942 in Buenos Aires als Kind russischstämmiger Juden geboren.

In Deutschland kämpft Barenboim, Dirigent und künstlerischer Leiter der Berliner Staatsoper, momentan eher mit administrativen Problemen. Jüngst hat er eine baldige Entscheidung über die künftige Finanzierung des Hauses angemahnt. «Ich werde nicht endlos warten», sagte er am Mittwochabend in Buenos Aires. Sollten die aktuellen Sparpläne verwirklicht werden, sei eine Verlängerung seines Vertrages über das Jahr 2002 hinaus «unmöglich». Der Dirigent hatte eine Erhöhung der Zuschüsse für die Staatsoper Unter den Linden in Höhe von zehn Millionen Mark gefordert.

Am 11. Oktober wird Barenboim als Dirigent des Chicago Sinfonieorchesters erneut in Buenos Aires konzertieren.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 3,3% auf 477,09, der Burcapindex um 0,9% auf 886,90 und **der Börsenindex stieg um 0,9% auf 19.597,02.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,4% auf $ 0,8020.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 14.8. $ 25,52 Mrd., der Banknotenumlauf $ 14,39 Mrd. Vor einer Woche waren es $ 26,07 Mrd. bzw. 14,74 Mrd., vor einem Monat $ 26,66 Mrd. bzw. 14,60 Mrd. und vor 6 Monaten $ 25,96 Mrd. bzw. 14,65 Mrd.

***

Der italienische Wollunternehmer Carlo Benetton, der über 1 Mio. ha Ländereien in Patagonien und (zum geringsten Teil) nahe Balcarce, Provinz Buenos Aires, besitzt, kündigte eine Investition von U$S 12 Mio. für eine Anlage zur Weiterverarbeitung von Schurwolle an.

***

Nicolás Gallo, Minister für Infrastruktur und Wohnungsbau, erklärte, die Deregulierung der Telefondienste werde sich unmitelbar kaum auf die Gebühren für Ortsgespräche auswirken, wohl aber auf die für Ferngespräche. Der Privatkunde werde somit keinen bedeutenden Vorteil haben; Unternehmen jedoch, bei denen ein grosser Teil der Kosten auf In- und Auslandsgespräche entfallen, werden billigere Tarife haben.

***

Im 1. Halbjahr wurden 22,4 Mio. cbm Erdöl gefördert, um 3,9% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum, wie das Energiesekretariat bekanntgab. Der selbe Vergleich ergibt mit 22,08 Mrd. cbm Erdgas um 7,4% mehr. Der Absatz der wichtigsten Treibstoffe ging um 2,9% zurück, dabei der von Normal- und Superbenzin um 7,5% und von Dieselöl um 0,8%. Die Erdgaslieferungen für den Binnenmarkt legten im Halbjahresvergleich um 4,3% zu, die Ausfuhren um 51%.

***

Nach Zahlen des Statistikamtes Indec suchte im Mai, im Raum Gross Buenos Aires, die Rekordzahl von 29,6% der Beschäftigten einen anderen Posten. Von einer Erwerbsbevölkerung von 4,5 Mio. suchten ausser den 869.691 ermittelten Arbeitslosen weitere 1,35 Mio. eine neue Stelle.

***

Die Stromüberwachungsbehörde Enre (Ente Nacional de Regulación Eléctrica) hat verfügt, dass die spanische Endesa eines der beiden Stromverteilungsunternehmen im Raum Gross Buenos Aires, Edenor oder Edesur, abstossen muss. Endesa kontrolliert Edesur durch die Akquisition der chilenischen Enersis und ist an Edenor zusammen mit der Electricité de France beteiligt. Es wird angenommen, dass diese den Endesa-Anteil von Edenor übernehmen wird, da sie sich auch für den Astra-Anteil interessiert, den Repsol-YPF aus Konkurrenzschutzgründen abstossen muss. Astra und Endesa besitzen rd. 2/3 von Easa (Electricidad Argentina SA), die 51% von Edenor hält. Der Kaufpreis soll U$S 400 bis 500 Mio. betragen.

***

Die Aussenhandelskommission CNCE (Comisión Nacional de Comercio Exterior) hat geraten, den Vorschlag über die freiwillige Kontingentierung brasilianischer Lieferungen kaltgewalzter Bleche anzunehmen, um eine der Aussenhandelsdifferenzen mit Brasilien aus dem Weg zu schaffen. Der Kompromiss zwischen den brasilianischen Usiminas, Cosipa und CSN und der argentinischen Siderar sieht für diese Blechlieferungen einen Mindestpreis von U$S 534 pro t vor. Unter diesem Preis dürfen im 1. Jahr bis zu 36.000 t geliefert werden, im 2. bis zu 38.000 t, und im 3.,4. und 5. bis zu 39.000 t. Die Lösung ist jener ähnlich, die von den selben Partnern für Warmwalzprodukte ausgehandelt wurde.

***

Die Privatisierung der seit ca. 1 Jahr angebotenen Bergbaugebiete der Provinz Catamarca ist wegen mangelnden Kaufinteresses gescheitert. Wie der Bergbausekretär der Provinz, M. Yadón, erklärte, sei der Grund im Verfall der Erzpreise zu suchen. Die Gebiete die keine Interessenten fanden, sind Salar de Antofalla, Cerro Galán, Cerro Blanco, Cerro Chazcón und La Hoyada. Die Hauptvorkommen sind Gold, Silber, Kupfer und Mangan.

***

Die Firma Nova Cash investiert in Argentinien und Brasilen U$S 40 Mio. um als 1. Anbieter einer nicht bankmässigen Karte für Barkäufe im Internet aufzutreten. Ohne ein Bankkonto zu benötigen, kann der Kunde die Karte mit einem gewünschten Betrag an den Verkaufsstellen aufladen und damit bar kaufen. Sie erwartet, etwa 3 Mio. Karten unterzubringen.

***

DMG World Media, eine der 3 grössten Ausstellungsveranstalter der Welt und einem Umsatz von U$S 162 Mio. kommt durch den Kauf der Regala-Ausstellung nach Argentinien. Regala ist eine argentinische Design- und Dekorationsausstellung, die gegen Monatsende im Gelände von La Rural stattfinden soll.

***

Unerwartet hat das Bauunternehmen Ineco eine Gläubigerversammlung für $28 Mio. Schulden einberufen. Die Firma hat das Hilton in Puerto Madero, den Village Cinema Komplex, den Coto-Supermarkt in Abasto und das Bayerwerk in Pilar. Ineco wurde 1988 gegründet, 1998 erwarb die deutsche Bilfinger und Berger, die Beziehungen zur Dresdner Bank hat, 65% der Firma. Die deutschen Partner sollen müde geworden sein, Geld zuzulegen und haben den Rechtsweg beschritten. Die Zahlungen sollen nach dem Verkauf von Ineco-Liegenschaften erfolgen.

***

Durch die administrative Verfügung 102/2000 des Kabinettschefs R. Terragno und des Wirtschaftsministers J.L. Machinea wurde der Termin für die Liquidierung des staatlichen Rückversicherungsinstituts INdeR auf den 31.12.00 festgesetzt.

***

Das erste argentinische Verkaufslokal von Home Depot, der 1978 gegründeten und heute weltweit grössten Einzelhandelskette für Baumaterial, Wohnungsausstattungen usw. wird am 24. August eröffnet. Im Stadtbezirk Barracas sollen etwa 40.000 verschiedene Waren angeboten werden. Home Depot betreibt weltweit zirka 1.000 Lokale.

***

Die Herausgeber der Gazeta Mercantil, der grössten Wirtschaftszeitung Brasiliens, haben 40% der Zeitung Comercio y Justicia, Provinz Córdoba, erworben.

***

Die Erdgasleitung von Paraná nach Paso de los Libres, über den Uruguay-fluss bis Uruguayana, die dort bereits das neue Wärmekraftwerk mit argentinischem Erdgas im Versuchsbetrieb speist, wurde im Beisein der Präsidenten de la Rúa und Cardoso amtlich in Betrieb genommen. Die Leitung wurde von Gas Nea, einer Tochtergesellschaft der Gas de France, im Auftrag der zur Techintgruppe gehörenden Transportadora de Gas del Mercosur, gelegt. Die Investition betrug ohne das Kraftwerk U$S 120 Mio., die zur Gänze von der Privatwirtschaft aufgebracht wurden und durch eine Transportgebühr für die Gaslieferungen hereingebracht werden. Das Kombikraftwerk leistet mit 2 Gas- und 1 Dampfturbine 600 MW.

***

Die durch die Umschuldung des Schuhwerk- und Textilunternehmens Alpargatas neuen Hauptanteilseigner haben den neuen Vorstand ernannt. Mitglieder sind der bisherige Generaldirektor Gotelli, der im Amt bleibt, sowie W. Francke und R. Schifter vom US-Investmentfonds Newbridge. Stellvertretende Mitglieder wurden H. Scaparone, Newbridgevertreter in Argentinien, V. Romano vom US-Investmentfonds Farallon, und der Schuhindustrielle C. McKissic. Durch die Umstrukturierung konnten die Schulden von Alpargatas von U$S 600 Mio. auf U$S 200 Mio. verringert werden. Im 1. Halbjahr 2000 erwirtschaftete Alpargatas U$S 90,55 Mio. Verlust bei einem 40%igen Umsatzrückgang gegenüber dem 1. Halbjahr 1999.

***

Das Baugewerbe setzte im Juli im Vorjahresvergleich um 13,1% weniger um, im Vergleich der ersten 7 Monate um 25% weniger, wie seine Gewerbekammer (CAC) bekanntgab. Im Vormonatsvergleich büsste sie saisonbereinigt 2% ein. Der Bericht führt den Rückgang auf die

geringere öffentliche Bautätigkeit zurück.

***

Die Kammer des Baugewerbes gab bekannt, dass die Zementlieferungen im Juli 458.880 t betrugen, um 13% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Im Vergleich der ersten 7 Monate betrage der Rückgang 25%. Im Vormonatsvergleich wurde saisonbereinigt eine Zunahme von 3,3% verzeichnet. Die Pleiten von Bauunternehmen in Buenos Aires Stadt haben im 1. Halbjahr um 35% zugenommen.

***

1999 hätten die Sozialwerke der Gewerkschaften insgesamt $ 4,36 Mio. einnehmen müssen und nur $ 2,72 Mio. kassiert, was eine Hinterziehung von 37% ergibt.

***

Maersk Sealand, die grösste Reederei der Welt, mit Sitz in Dänemark, hat 70% des Aktienpaketes der Hafenstation Nr. 4 von Buenos Aires gekauft. 30% verbleiben in Händen der Firma Gabriel.

***

Die maisverarbeitenden Unternehmen weisen darauf hin, dass sie rd. 1 Mio. t Mais kaufen und einen Mehrwert von $ 225 Mio. schaffen. Es handelt sich um Fabriken moderner Technologie in Buenos Aires, Santa Fe, Córdo-ba, San Luis und Tucumán. In den letzten Jahren haben sie U$S 100 Mio. investiert. 2/3 ihrer Produktion sind Fruchtzuckersirup (Fruktuose) und Glukose. Diese Produkte konkurrieren direkt mit Zucker, besonders bei der Herstellung alkoholfreier Getränke, Fruchtsäften und Nahrungsmitteln. Die restliche Maisverarbeitung ist für Stärke. Da Brasilien seinen Zukker subventioniert (über einen künstlichen Alkoholbedarf für die Beimischung zum Benzin, der einen hohen Preis erhält), ist der Zucker dort so billig, dass kein Fruchtzucker erzeugt wird. Die freie Einfuhr brasilianischen Zuckers würde nicht nur die Zuckerindustrie, sondern auch die der Fruchtzucker zum Verschwinden bringen.

***

Durch Dekret 684/00 (Amtsblatt vom 15.8.00) wurde verfügt, dass auch Banken u.a. Finanzanstalten persönliche Kredite für Beamten gewähren dürfen, für die Amortisation und Zinsen direkt von Gehalt abgezogen werden. Der abzuziehende Bertrag darf 40% des Gehaltes nicht übersteigen. Bisher war diese Möglichkeit Institutionen für gegenseitige Hilfeleistungen (Mutualwes), Genossenschaften, Sozialwerke und öffentlichen Körperschaften vorbehalten.

***

Durch Gesetz 25.292 (Amtsblatt vom 16.8.00) wurden 3 nationale Steuerstrafgerichte mit je einem Sekretariat geschaffen. Gleichzeitig werden 3 Staatsanwaltschaften geschaffen und ein amtlichen Verteidiger vorgesehen, die für diese Gerichte zuständig sind. Die Richter müssen vom Rat der Magistratur vorgeschlagen werden. Das Gesetz wurde durch Vetos eingeschränkt. Der Kongress hatte auch eine Berufungskammer und eine für mündliche Prozesse vorgesehen. Die Regierung hat die Struktur stark verringert, u.a. aus Budgetgründen.

***

Der Termin für die endgültige Liquidierung folgender Staatsbetriebe wurde für den 31.12.00 festgesetzt: Agua y Energía Eléctrica S.A.; Dicon Difusión Contemporánea SA; ELMA SA; Empresa Nuclear Argentina de Centrales Eléctricas SA und Obras Sanitarias de la Nación. In den meisten Fällen wurden die Aktiven und Tätigkeiten dieser Unternehmen privatisiert, oder es handelt sich um Liquidierungen. Was jedoch auch nach dem 31.12.00 verbleibt, sind mehrere tausend Prozesse, soweit nicht Mittel gefunden werden, um sie an Dritte zu übertragen.

***

Von rd. 120 Unternehmern, meist von Niederlassungen multinationaler Betriebe, forderte Präsident de la Rúa im Rahmen der Tagung der CICI (Comisión Interministerial de Comercio Internacional) Erklärungen über abnehmende Aus- und zunehmende Einfuhren derselben. Bei vielen Betrieben werden die Einfuhren ohne sichtbaren Grund wesentlich grösser als die Ausfuhren, eine Tendenz, die rückläufig gemacht werden müsse. Die Unternehmer konzentrierten die Antwort auf 3 Schwerpunkte: hohe Binnenkosten, mangelnde Symetrie mit Brasilien und die Bürokratie bei den Ausfuhrbestimmungen. Der Präsident versprach, in 14 Tagen 1.000 Unternehmer nach Olivos einzuladen, um ihnen die 2. Tranche der Ausfuhr-Förderungsmassnahmen bekanntzumachen. Es sei jedoch auch notwendig, dass die 650 multinationalen Unternehmen, die grosse Mengen exportierten und heute beinahe alles importieren, ihre Unternehmenspolitik revidieren.

***

Die Gesetzesvorlage, um den Notstand der Busunternehmen, der 1997 mittels Dekret 260 auf 3 Jahre anerkannt wurde, nun gesetzlich anzuerkennen, liegt zur Unterschrift vor. Obwohl das Dekret für ein weiteres Jahr verlängert wurde, hat der Oberste Gerichtshof die Möglichkeit zurückgewiesen, Unfallsentschädigungen in bis zu 60 Monatsraten zu bezahlen. Die Gesetzesvorlage will die Verantwortungen für Personenbeförderungen auf der Strasse mit denen des Luft- und Wasserverkehrs gleichschalten.

***

Die Post-, Transport- und Logistikgruppe Andreani steigt mit Andreani Compras in den e-commerce ein. Mit der ImpSat (Pescarmonagruppe) will sie ein landesweites Netz von 1.500 Multimedia-Kiosken in ebensovielen kleineren Ortschaften schaffen. Bis Mitte 2001 sollen U$S 6 Mio. investiert werden, um den elektronischen Einkauf in Orten zu ermöglichen, die noch nicht über die notwendige Infrastruktur für Internetanschlüsse verfügen.

***

Änderung der Statuten der Banco de la Nación

Die Statuten der Banco de la Nación Argentina wurden wie folgt geändert:

Bestimmung

- Die Banco de la Nación wird in eine autarke Körperschaft umgewandelt, die diesem Gesetz und dem für Finanzkörperschaften unterliegt.
- Ihre Bestimmung ist, kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) und Kleinstunternehmen Finanzhilfe zu leisten.
- Sie muss: Die landwirtschaftliche Produktion fördern, die Sesshaftigkeit der Landwirte erleichtern, Umstellungen in der Landwirtschaft finanzieren, den Aussenhandel fördern, die Banktätigkeit für Handel, Industrie, Bergbau und Fremdenverkehr ausüben und die Regionalentwicklungen fördern.

Die Banco Nación ist befugt:

- Renten- und Pensionsfonds zu verwalten.
- Im Versicherungswesen tätig sein.
- Kredite für den Kauf und die Instandhaltung von Wohnungen zu gewähren.
- An Treuhandgesellschaften und Verwaltungen teilzuhaben.

Einschränkungen

- Die Bank darf keine Darlehen über $ 5 Mio. gewähren, wenn der Kreditnehmer Passiven in anderen Banken ausweist und der Anteil der Banco Nación nicht grösser als 50% dieser Passiven ist.
- Die Obergrenze für Darlehen ist $ 1 Mio. wenn die Banco Nación der einzige Kreditgeber des Unternehmens ist.
- Der Vorstand der Bank kann, nach Gutachten von zwei aussenstehenden erstklassigen Risikobewertern, Ausnahmen bewilligen.
- Die Bank darf weder dem Staat noch Provinzen oder Gemeinden Kredite ohne Garantie des staatlichen Schatzamtes gewähren.
- Es sei denn, es werden der Bank Beteiligungen an Provinzanteilen von Bundessteuern zediert.

Regelung für Hypothekenkredite

Der Vorrang bei Zwangsvollstreckungen, den die Bank vor der Privatisierung der Nationalen Hypothekenbank hatte, bleibt aufrechterhalten.

Dividenden

Der Gewinn wird wie folgt verteilt:

- 50% zur Kapitalaufstockung der Bank
- 25% für den Subventionsfonds für Bankzinsen für MiPyMEs (Kleinst-, kleine und mittelständische Betriebe)
- 25% für einen Subventionsfonds für Zinssätze von Darlehen an Provinzen und Gemeinden.

Überschreitung der Defizitauflage

Wirtschaftsminister José Luis Machinea erklärte in Big Sky, Montana, USA, wo er an einer Tagung der Gruppe Aspen teilnahm, dass die mit dem Internationalen Währungsfonds für 2000 vereinbarte Defizit-Auflage von $ 4,7 Mrd. um möglicherweise $ 500 Mio. überschritten werden würde. In einem Pressegespräch mit „La Nación“ beurteilte er diese Überschreitung als nicht relevant, weil die Ausgaben wie vorgesehen eingehalten werden, wogegen die Einnahmen kraft Deflation geringer als erwartet ausfallen.

In einem anderen Pressegespräch mit „Clarín“ erläuterte der Wirtschaftsminister seine Bemühungen beim Währungsfonds, damit Argentinien möglicherweise im März 2001 für die Sonderfazilität qualifiziere, die im April 1999 im Fonds für Fälle internationaler Finanzkrisen eingerichtet wurde. Die Fazilität kann von Fondsmitgliedern abgezogen werden, die ordentliche Beziehungen zum Fonds unterhalten, aber durch Finanzkrisen in anderen Ländern in Mitleidenschaft gezogen bzw. angesteckt werden.

Fondsmitglieder dürfen gegebenfalls zwischen 300% und 500% ihrer Kapitalquote abziehen. Für Argentinien mit US$ 2,9 Mrd. Kapitalquote bedeutet das im Klartext, dass US$ 6,9 Mrd. bis US$ 11 Mrd. bereit stehen würden. Diese Fazilität wird mit relativ hohen Zinssätzen belastet, weshalb Machinea sich beim Fonds darum kümmerte, dass die Zinslast gesenkt werde. Die Fazilität soll die Konvertibilität absichern, deren Abschaffung laut Machinea nicht in Frage kommt.

Die spanische Gamesa Eólica wird in Chubut mit U$S 8 Mio. Investition 16 neue Windgeneratoren mit je 660 kW Leistung errichten, um die Windenergiegewinnung im Bezirk Comodoro Rivadavia rund zu verdoppeln. Der Antonio Morán-Windgeneratorenpark ist der bedeutendste Südamerikas und liefert mit 10 Generatoren 8,5% des in Comodoro Rivadavia verbrauchten Stromes.

***

Die off shore benannten, vom Gesetz verbotenen Lebensversicherungen im Ausland, schädigen die argentinische Staatskasse mit etwa 130.000 Policen um U$S 75 Mio. im Jahr. Sie setzen im Jahr rd. U$S 250

Mio. um, etwa soviel wie alle Ruhestandsversicherungen in Argentinien. Avira (Asociación de Aseguradoras de Vida y Retiro de la República Argentina) gab bekannt, dass die gesetzwidrig handelnden Gesellschaften Citizens, National Western, North American, Old Mutual und Royal Skandia seien.

***

Die Regierung plant, Eisenbahnzufahrten für den Hafen zu schaffen, um den Verkehr von jährlich etwa 120.000 Container-Lkw in diesem Gebiet wesentlich verringern zu können. Dafür stünden U$S 20 Mio. der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) zur Verfügung, wie Transportsekretär Kogan bekanntgab

***

Der Kfz-Herstellerverband Adefa erklärte, falls die Regierung keine Förderungsmassnahmen ergreife, um die Kfz zu verbilligen, würde der Absatz im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 60% zurückgehen.

***

Am 3. August begann in der WHO die Diskussion über das argentinische Gesetz zum Schutz geistigen Eigentums, das 1995 erlassen wurde und sich hauptsächlich auf Pharmapatente bezieht. Die US-Delegation, geleitet von Stephen Kho, steht auf dem Standpunkt, dass das Gesetz nicht genügt, um den US-Unternehmen ausreichenden Schutz, für ihre Forschungsergebnisse zu gewähren und die WHO-Bestimmungen nicht erfüllt, besonders was den Schutz der vertraulichen Information betrifft, die ein Laboratorium der Regierung unterbreitet. Das argentinische Aussenministerium und die Vertreter der lokalen Industrie (die im Verband CILFA vertreten sind), haben die entgegengesetzte Position vertreten, angeblich mit Erfolg. Gleichzeitig besteht im Kongress eine Initiative, um das Gesetz zu ändern und den Schutz auf lokal erzeugte Produkte zu beschränken. Ebenfalls sollen die Inhaber von Patenten gezwungen werden, sie gegen Zahlung einer Gebühr an Dritte zu vergeben. Es scheint jedoch unwahrscheinlich, dass diese Initiative Erfolg haben wird.

***

Das Landwirtschaftssekretariat teilt mit, dass die gesamte Ernte 1999/2000 von Getreide, Ölsaat, Baumwolle und Hülsenfrüchten 63,3 Mio. Tonnen erreichte, 5% mehr als im Vorjahr. Es handelt sich um die zweithöchste Ernte der Geschichte, nach der von 1997/98. Die Staatfläche für Getreide und Ölsaat, die im Winter gesät und als Feinernte bezeichnet wird, liegt dieses Jahr um 2% über dem Vorjahr. Weizen verzeichnet dabei eine Zunahme von 3% und Biergerste eine von 20%.

***

Die Stahlproduktion lag im Juli mit 371.400 t um 9,9% über Juni und um 7,3% über Juli 1999. Warmgewalzte Produkte nahmen um 12% gegenüber Juni zu, obwohl die nicht flachen warmgewalzten Produkte um 4,8% abnahmen und die kaltgewalzten Bleche um 6,1% unter Juni lagen.

***

Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) hat durch Beschluss 885 eine Neueintragung von Genossenschaften, Siftungen u.a. Institutionen gefordert, die keine Gewinnsteueer zahlen. Wenn festgestellt wird, dass eine Institution dieser Art andere Steuern, die sie zahlen muss, hinterzogen oder für gewinnbringende Zwecke verwendet hat, soll die Steuerbefreigung abgeschafft werden.

***

Durch das Festhalten Argentiniens an der Methode zur Bestimmung des Inlandsanteiles an Kfz im Mercosur (Paragraph 26), ist das Inkrafttreten des bis 2005 gültigen Abkommens aufgehoben worden. Es wird weiter verhandelt. Argentinien besteht darauf, dass bei der Bestimmung eines im Inland gefertigten Zulieferteiles die importierten Anteile nicht als heimische Produktion gewertet werden dürfen, wie es die brasilianischen Lieferanten wünschen.

Defizit 1999: $ 8.486 Mio.

Das Amt für staatliche Buchhaltung (Contaduría General de la Nación) hat die endgültigen Zahlen für das Haushaltsergebnis des Vorjahres bekannt gegeben: $ 8.486 Mio. Defizit. Kurz vor Jahresende entstand ein breitgefächerter Meinungsaustausch über die wahrscheinlichen roten Zahlen in diesem Geschäftsjahr der Regierung. Vertreter der Regierungsfraktion gaben $ 6,3 Mrd. Defizit an und Oppositionssprecher sprachen von zehn Miliarden Defizit. Das Abkommen mit dem IWF hatte als Höchstgrenze $ 5,1 Mrd. vorgesehen.

Die im Januar veröffentlichten vorläufigen, amtlichen Zahlen ergaben ein Jahresdefizit von $ 7.095 Mio., in dem die noch nicht eingegangenen Ergebnisse der dezentralisierten Körperschaften, der Sozialversicherungen, der ehemaligen Provinzrentenkassen, der Staatsbetriebe und die Gewinne der Zentralbank als Schätzungen angeführt waren.

Das Negativergebnis von $ 8.486 Mio. liegt um $ 1.040 Mio. über dem im endgültigen Haushaltsplan vorgesehenen Fehlbetrag. Das Haushaltsdefizit des Jahres 1999 lag somit um $ 3.239 Mio. über dem des Vorjahres. Die Zunahme entstand durch um 5,2% grössere Ausgaben und um 2% geringere Einnahmen als im Jahr 1998.

Die bedeutendsten Einnahmeverringerungen ergaben sich bei Steuern mit minus $ 1.134 Mio. bzw. -4,2% und bei Sozialbeiträgen mit minus $ 911 Mio. bzw. -8,6%. Auf der Ausgabenseite sind die höheren Zinslasten für die Staatsschuld ausschlaggebend gewesen.

Das Gesetz für kleine und mittlere Unternehmen

● Es wird der nationale Entwicklungsfonds für Pymes (Fonapyme) geschaffen, um Kapitalbeiträge und mittel- und langfristige Finanzierungen zu bieten.

● Es wird die Finanztreuhandschaft mit der Banco de la Nación als Treuhänder geschaffen.

● Die Banco de la Nación und das Schatzamt müssen Beteiligungszertifikate am Fonapyme für bis zu $ 100 Mio. unterzeichnen, wofür die Mittel des Treuhandfonds, die von der BICE Bank verwaltet werden zur Verfügung stehen.

● Der Fonapyme hat eine Laufzeit von 25 Jahren.

Garantiefonds

● Es wird der Fogapyme geschaffen, die Deckungsgarantien stellt, für Gesellschaften zur gegenseitigen Garantiestellung oder direkt für die Finanzanstalten, die Gläubiger der Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen sind.

● Die direkten Garantien dürfen 25% der Gesamtgarantien des Fogapyme nicht überschreiten.

● Der Fonds wird mit $ 100 Mio. geschaffen, die vom Banco de la Nación und vom Schatzamt beigetragen werden, in diesem Fall mit Aktiven der BICE Bank.

● Die Laufzeit beträgt 25 Jahre.

Compremipyme

● Die Öffentliche Hand muss ein Vorzugsrecht von bis zu 5% der Preise gewähren, innerhalb dessen die Pymes bei Staatsausschreibungen mit dem besten Angebot anderer Unternehmen gleichziehen können.

● Bei 10% der Staatsausschreibungen werden ausschliesslich Pymes zugelassen.

Gesellschaften für gegenseitige Garantiestellungen

● Diese Gesellschaften dürfen für ein Mitglied nicht mehr als 5% ihres gesamten Risikofonds als Garantie stellen.

Zinssatzsubventionen

● Es wird ein Subventionssystem für die Zinsen von Krediten geschaffen, die von Pymes aufgenommen werden.

● Schaffung einer Sondervergütung für Kleinst- Kleine und mittelständische Betriebe, die neu gegründet werden oder sich in Betrieb befinden, in:

● Gebieten mit Wachstumsquoten unter dem Landesdurchschnitt,

● Gebieten mit Arbeitslosenquoten über dem Landesdurchschnitt.

● Die Quoten werden den Finanzanstalten zugeteilt, die die günstigsten Kreditbedingungen gewähren.

Es wird ein Netz von Regionalagenturen geschaffen, um die Pymes in den Provinzen zu unterstützen.

● Diese Agenturen werden die Verteilungsstelle für die Begünstigungen dieses Gesetzes sein.

● Für die Schaffung dieses Netzes werden $ 5 Mio. zur Verfügung gestellt.

Information und technische Beihilfe

● Schaffung eines MiPyME-Informationssystems, mit Sitz in den Agenturen, zur Verbreitung von beratenden, wirtschaftlichen, technischen und Rechtsinformationen.

Bundesrat der MiPyMEs

● Es wird ein Rat mit den Produktionsministern der Provinzen und dem Staatssekretär für Pymes geschaffen.

● Er wird das Agenturennetz kontrollieren und die Anwendung des Gesetzes sowie die Beratung der Pymes überwachen.

Änderung des Scheckgesetzes

● Die Bussen für aus formellen Gründen zurückgewiesene Schecks werden verringert.

● Sie werden 5 Promille des Scheckbetrages, mindestens $ 10 und höchstens $ 5.000 betragen.

● Die Busse wird um 50% verringert, wenn bewiesen wird, dass der Scheck innerhalb von 15 Tagen nach der Zurückweisung bezahlt wurde.

● Wegen mangelnder Deckung zurückgewiesene Schecks werden mit einer Busse von 1% des Betrages, mindestens $ 50 und höchstens $ 10.000 belastet.

● Sollte der Scheck nicht innerhalb von 30 Tagen bezahlt werden, kann das Konto gesperrt werden.

***

Acindar will im Werk in San Luis Schichten abbauen, das Werk in La Tablada, Provinz Buenos Aires, schliessen und eventuell verkaufen. Die Draht- und Stahltrossenerzeugung soll langsam abgebaut und die Walzkapazität erhöht werden. In den nächsten 2 Jahren sollen im Werk Villa Constitución, Provinz Santa Fe, U$S 20 Mio. investiert werden und weitere U$S 10 bis 20 Mio. in die Verbesserung des Vertriebes in Brasilien, Uruguay und Chile.

***

Cartocor, das Wellpappeunternehmen der Arcorgruppe, investiert U$S 4 Mio. in Kapazitätserweiterungen ihrer Werke in Luján, Provinz Buenos Aires, und Paraná, Provinz Entre Rios. Cartocor, die auch eine weitere Fabrik in Córdoba betreibt, hat 1999 U$S 127 Mio. umgesetzt, um 15% mehr als im Vorjahr. Am argentinischen Wellpappemarkt hat sie 30% Anteil. 9% der Produktion werden von Arcor verbraucht, 86% wird am Binnenmarkt abgesetzt und 5% aus-geführt.

***

Die der katalanischen Sparkasse La Caixa gehörende Acesa erwirbt 49% von GCO (Grupo Concesionario del Oeste), die die Konzession für die Autobahn von Luján nach Buenos Aires hat. Verkäufer des Anteiles sind B. Roggio, CBPO (Tochter des brasilianischen Odebrechtholdings) und die Grupo Mejicano de Desarrollo. 5 km Autobahn für U$S 20 Mio. müssen noch fertig gestellt werden. Der Betrag muss 2001 zur Verfügung stehen. Die amtliche Bewilligumg für den Kauf steht noch aus. Der malaysische Aktionär IJM bleibt im Geschäft. 30% der Anteile werden an der Börse gehandelt. GCO hat im letzten Jahr $ 80 Mio. Umsatz und $ 18 Mio. Gewinn erwirtschaftet.

***

Aerolíneas Argentinas hat die Airbus A-310 zurückgegeben, setzt jedoch die A-340 für die Flüge nach Rom, Australien und New York und ab September nach Los Angeles, weiter ein. Für Binnenflüge werden zusätzliche Boeing 737 gekauft. 15 Flugzeuge, 6 bereits im Dienst, stammen von der British Airmays, 14 Maschinen der Air France, 2 davon im Dienst, sind für Austral bestimmt.

***

Dieselöl von Repsol YPF wurde für den Endverbraucher um 1 centavo bzw. 2% von $ 0,499 auf $ 0,509 pro Liter teurer. Die Ursache seien die internationalen Preise. Dort betrage die Preiszunahme 11,3% im letzten Monat und 24% in diesem Jahr.

***

CAA (Cámara Argentina de Anunciantes) hat den Werbeaufwand im 1. Halbjahr 2000 veröffentlicht. Mit $ 2,76 Mrd. liegt er um 5,4% über dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahlen des Verbandes der Werbeagentutren (AAAP) stehen noch aus.

***

Die Wirtschaftsführung konnte Wechselbonds für U$S 100 Mio. zu 9,85% unterbringen, gegen 9,94% bei der letzten Ausgabe. Durch die hohe Liquidität am Platz wurden U$S 443 Mio. angeboten.

***

Die selbstständig Erwerbstätigen, die sich für die Einheitssteuer (Monotributo) eingetragen haben, kommen automatisch in das staatliche Rentensystem. Wenn sie eine höhere Rente wünschen, müssen sie zusätzlich ab $ 33 im Monat einzahlen.

***

Industrieproduktion stieg im Juli um 6,9%

Die Industrieproduktion legte im Juli saisonbereinigt im Vorjahresvergeich um 6,9% zu. Es ist die zweitgrösste Zunahme seit Einsetzen der Rezession im Juni 1998. Ohne Saisonbereinigung beträgt die Zunahme 4%. Hier ist es die grösste Zunahme seit September 1998.

Im Vormonatsvergleich beträgt die Zunahme saisonbereinigt 3,1% und ohne Saisonbereinigung 4,9%. Es sei bemerkt, dass das Statistikamt Indec in diesem Juni die vorläufigen Schätzungen der Wirtschaftsführung um ganze 0,7% nach untern korrigieren musste. So grosse Abweichungen sind selten.

Die grösste Produktionszunahme wurde im Juli bei Chemikalien, besonders bei der Agrochemie verzeichnet. Gegenüber jener des Vorjahresjuli beträgt sie 288%. Hier soll die vorübergehende Stillegung eines Betriebes im Juli 1999 ausschlaggebend gewesen sein. Auch das Baugewerbe scheint sich leicht erholt zu haben. Allgemeines Baumaterial ging um nur 3,7% zurück, Zement um 1%. Der Rückgang dieser Sparten im 1. Halbjar lag indessen bei 23%. Metalle legten 12,5% zu, Papier 10%, Kfz-Reifen 7,8% und Textilien 2,4%. Bei synthetischen Fasern wurde zu ersten Mal in diesem Jahr eine leichte Zuname verzeichnet. Die bisher stark expansiven Bereiche Aluminium und Kfz verringerten ihre Wachstumsquote von 55% auf 29,2% und von 33% auf 8,1%.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Rinderseuche aus Paraguay

Überraschung und Furcht vor den Folgen hat in der Vorwoche die Nachricht bewirkt, dass mehrere tausend Rinder mit der berüchtigten Maul- und Klauenseuche („aftosa“) im Nordosten des Landes aufgespürt worden waren. Seit sechs Jahren hatte es keinen Seuchenfall mehr gegeben, so dass Argentinien im Mai dieses Jahres von der internationalen Tierkrankheitsorganisation mit Sitz in Paris als frei von der Krankheit ohne Impfzwang erklärt wurde. Neue Märkte für den Export von Frischfleisch öffneten sich. Die Fleischlieferungen zumal nach USA und Kanada hatten schon im Vorjahr eingesetzt, als die Seuche bewältigt war, aber die Rinder immer noch geimpft wurden.

Der Verdacht, dass es sich dabei um eingeschmuggelte Rinder aus Paraguay handeln müsste, wurde bestätigt, weil das entdeckte Virus in Argentinien nicht bekannt ist, wohl aber in Rindern Paraguays. Die Regierung handelte schnell, indem sie die Fleischexporte nach USA und Kanada einstellte sowie den Rindertransport zwecks Mast („invernada“) ebenfalls verbot, so dass nur der Transport für die Schlachtung zwecks Konsum zugelassen war. Danach wurden sukzessive 3.500 Rinder in Formosa, Corrientes und Entre Ríos erschossen und begraben („rifle sanitario“), womit die Seuche gebändigt werden konnte. Die Tiere waren entweder aus Paraguay eingeschmuggelt worden oder mit solchen Rindern in Berührung gekommen. Maul- und Klauenseuche ist eine besonders leicht ansteckbare Tierkrankheit, die die menschliche Gesundheit nicht betrifft.

Im Gegenzug zum argentinischen Exportverbot von frischem Fleisch sistierten die Regierungen Kanadas, der USA und Taiwans den Import solcher Waren. Brasilien verbot den Rinderimport aus den drei verseuchten Provinzen, liess aber die Fleischeinfuhr aus Argentinien weiterhin zu und solidarisierte sich mit Argentinien, indem Paraguay als Herkunft der Seuche festgestellt wurde. Das Virus gibt es in Brasilien auch nicht. In Chile wurde die Meldung des Importverbots dementiert.

Mit der schnellen Reaktion der argentinischen Behörde Senasa,

die über Tierkrankheiten wacht, und Verhandlungen mit US-Behörden dürfte eine baldige Lösung des Exportverbotes in Sicht sein. Indessen muss abgewartet werden, wie die Sanitätsbehörden der Importländer reagieren. Die US-Behörde liess wissen, dass sie sich das Recht vorbehält, den Import auch dann aufrecht zu erhalten, wenn der Export in Argentinien wieder zugelassen wird. Die Seuche ist in den letzten Jahren auch in Taiwan, Japan und England aufgetreten und wurde bekämpft. Der Schaden für Argentinien ist vorerst nicht messbar. In den Medien wurden Fleischexporte nach USA und Kanada auf Jahresbasis für angenommene US$ 130 Mio. hochgerechnet, welche Zahl freilich mit Vorsicht zu geniessen ist.

Für die Zukunft, damit sich solche Ausbrüche der Seuche nicht wiederholen, muss geprüft werden, wie man mit Paraguay zurechtkommt. Das Nachbarland lässt die Rinder in den Grenzgegenden mit Argentinien zwar impfen, doch darf angenommen werden, dass die Impfaktionen keinesfalls so konsequent durchgeführt werden wie weiland ein Jahrfünft lang in Argentinien, bis die Seuche ab 1994 bezwungen werden konnte. Die Grenze mit Paraguay ist in Formosa kaum zu kontrollieren, wo der Pilcomayo-Fluss leicht zu durchqueren ist. Der gängige Fleischpreis ist in Argentinien etwa doppelt so hoch wie in Paraguay, was dazu führt, dass Paraguayer ihre Rinder lieber in Argentinien als daheim verkaufen und dass Argentinier billigeres Fleisch in Paraguay einkaufen. Der Grenzschutz ist sicherlich überfordert, sollte er die etwa tausend Kilometer lange Grenze überall Tag und Nacht kontrollieren müssen. Das Gebot der Stunde ist die Eigenverantwortung der Viehzüchter auf beiden Seite der Grenze, damit sie die paraguayischen Rinder kontrollieren, so dass von der Seuche befallene Tiere nicht nach Argentinien geschmuggelt werden, wo sie vor Ort erschossen und begraben werden müssen. Kann man eine solche Verantwortung erwarten, wenn der Fleisch- bzw. Rinderpreis in Argentinien doppelt so hoch ist wie in Paraguay?

Konflikte mit Dekreten der Menem-Regierung: INdeR, Eisenbahnen und Personalausweise

Die Regierung von Fernando de la Rúa hat mehrere Entscheidungen, die die Menem-Regierung per Dekret getroffen hatte, nicht erfüllt. Dabei hat sie ein Unsicherheitsmoment geschaffen, das mit zur gegenwärtigen gedrückten Stimmung beiträgt, die mit dazu führt, dass die Wirtschaft sich nicht erholt. Der argentinische Staat ist ein und derselbe, auch wenn die Regierungen alle vier Jahre wechseln. Ein Dekret ist genau so gültig, wenn es der vergangene Präsident oder der jetzige unterzeichnet hat. Solange dies nicht klar ist, ist Argentinien kein Rechtsstaat. Wobei diese Pause, die De la Rúa künstlich eingeschaltet hat, auch die Frage aufwirft, ob die Regierung, die im Dezember 2003 antritt, die Dekrete von De la Rúa achten wird.

Die Haltung betrifft mehrere Fälle. Die Liquidierung des staatlichen Rückversicherungsinstitutes INdeR war fast fertig, als diese Regierung den Interventor Claudio Viale zum Rücktritt zwang und den Fall einfach liegen liess, um von Neuem bei null zu beginnen. Das führte dazu, dass die einzelnen Versicherungsgesellschaften die Prozesse gegen das Institut weiterführten und sogar neue anstrengten, wobei die Justiz in einem Fall schon eine Beschlagnahme von $ 15 Mio. der INdeR-Fonds angeordnet hat. Nachdem ursprünglich von Schulden von $ 1,2 Mrd. die Rede war, dann von $ 800 Mio. hat Viale mit der technischen Unterstützung einer privaten Consulting-Firma einen Betrag von $ 250 Mio. festgesetzt, davon $ 100 Mio. in bar (finanziert mit dem Erlös der Sondersteuer auf Versicherungspolicen) und $ 150 Mio. in Wechseln auf 8 Jahre. Das hatten die Versicherungsanstalten angenommen. Wenn es jedoch zu einem Neubeginn kommt, werden sie auf ihren ursprünglichen Forderungen bestehen, so dass es schliesslich leicht eine Milliarde wird. Der Fall wurde schliesslich Präsident De la Rúa vorgelegt, der die richtige Entscheidung traf, nämlich die unter der Menem-Regierung eingeleitete Liquidierung weiter zu führen. Jetzt fehlt die Ausführung dieser An-weisung.

Ein weiterer Fall betrifft die Verträge über die Vororteisenbahnen und die Untergrundbahnen, die auch per Dekret genehmigt worden waren. Die neuen Verträge wurden durch 3 Jahre eingehend von Fachleuten der Regierung mit denjenigen der Unternehmen studiert, wobei die Lösung prinzipiell sehr gut ist. Es handelt sich darum, dass die Vertragsdauer um 25 Jahre verlängert wird, wobei die Unternehmen sich verpflichten, $ 5 Mrd. zu investieren. Gleichzeitig werden die Tarife schrittweise angehoben (wobei sie am Ende immer noch unter denjenigen der Omnibusse verbleiben und weit unter internationalem Niveau liegen) und die Subventionen gesenkt werden. Die Regierung De la Rúa hat diese Verträge unterbrochen, wobei Minister Gallo nach acht Monaten zu keinem Ergebnis gelangt ist. Jetzt heisst es, die Investitionen sollen auf U$S 2,5 Mrd. verringert, die Vertragsdauer herabgesetzt und die Tarife weniger erhöht werden. Gallo will, dass die Unternehmen mehr im Inland kaufen, was jedoch insofern schwierig ist, als die ausländischen Lieferanten langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen gewähren. Mit langt man angeblich auf einen Betrag von etwa $ 18. Innenminister Storani traf jedoch keine Entscheidung, so dass auch dieser Fall einfach liegen blieb, was einen de facto Vetragsbruch bedeutet.

Nun hat Bundeskanzler Gerhard Schröder einen persönlichen Brief an Präsident De la Rua gerichtet, und sich für Siemens eingesetzt. Daraufhin hat der Präsident schliesslich reagiert und die Entscheidung getroffen, dass der Vertrag erfüllt werden muss. Die letzte Schwierigkeit war entstanden, weil die $ 40 Mio., die für die Bezahlung des Regierungspersonals notwendig sind, das das Siemenspersonal ergänzen muss, im Budget 2000 nicht vorgesehen waren. Jetzt soll dieser Betrag durch andere Kürzungen bereitgestellt werden. Im Grunde war es ein Fehler, den Vertrag nicht so zu gestalten, dass Siemens die ganze Arbeit übernimmt, also das ganze Personenregister, das bestimmt viel besser funktionieren würde, wenn es durch diese Firma verwaltet wird. Das Argument, dass es sich hier um vertrauliche Informationen handelt, so dass ein „Outsourcing“ nicht möglich ist, ist einfach absurd. Beiläufig sei bemerkt, dass das Personenregister gegenwärtig grosse Mängel aufweist, was u.a. dazu führt, dass Pensionen in Millionenhöhe an Tote weiter bezahlt wurden, weil das ANSeS nicht benachrichtigt wird, welche Pensionäre gestorben sind.

Es ist wirklich eine Schande, dass die Regierung nicht in der Lage war, den Fall zu lösen und erst nach einer Mahnung von Schröder reagierte. Dieser Fall hat Argentinien besonders geschadet. Wenn eine Regierung eine Weltfirma so behandelt und sich nicht um die Vertragserfüllung kümmert, entsteht bei der internationalen Finanzwelt ein schlechter Eindruck, der sich allgemein auswirkt. Aber ausserdem ist die Modernisierung der Personalausweise wirklich dringlich, da die alten ohne Schwierigkeiten gefälscht werden können und auch effektiv massenweise gefälscht werden. Die USA haben Argentinien von der Visapflicht ausgenommen, nachdem ein moderner Pass eingeführt wurde, der sich nicht fälschen lässt. Die US-Behörden haben jedoch inzwischen bestimmte Zweifel, da man mit einem falschen DNI einen echten Pass bekommen kann.

Ein Ausweis, der dem Stand der modernen Technik entspricht, der sich nicht fälschen lässt, ist absolut notwendig. Oft entgehen Verbrecher der Strafe, weil sie einen falschen Ausweis vorlegen, nach dem sie nicht vorbestraft sind. Banken und Notare haben oft Schwierigkeiten mit Personen, die falsche Identitäten angeben. Was die Grenzkontrolle betrifft, ist sie absolut notwendig, damit sich Attentate, wie die auf die israelische Botschaft und die AMIA, nicht wiederholen. Die Untersuchung verläuft im Sande, weil es eben nicht möglich ist, zu wissen und zu prüfen, wer ein- und ausgereist ist.

Die Regierung hat sich, genau wie 1983 die von Alfonsín, zu sehr in der Kritik der Vergangenheit engagiert. Dabei verliert sie die Chance, die Zukunft zu gewinnen. Sie hat unnötige Konflikte geschaffen, bei denen sie überhaupt nichts gewinnt, und im Gegenteil, grossen Schaden erleidet.

Billige OPIC-Bürgschaften

Der Vorsitzende der US-staatlichen OPIC („Overseas Private Investment Corporation“), George Muñoz, erklärte in der Vorwoche in Buenos Aires, dass seine Behörde mehrere Anträge argentinischer Unternehmen für die Erstellung von Bürgschaften prüft, die zusammen möglicherweise US$ 2,0 Mrd. ausmachen, darunter ein Bond der Gastransportgesellschaft TGN („Transportadora de Gas del Norte“) für US$ 175 Mio. und ein Kredit von US$ 50 Mio. für die Baugesellschaft IRSA, vormals der Soros-Gruppe. Wir haben hierüber in der Vorwoche die Nachricht im Wirtschaftsteil ver-öffentlicht.

OPIC erteilte keine Kredite, sondern garantiert Investitionen von US-Firmen in Ländern, mit denen die US-Regierungen Kapitalschutzabkommen vereinbart hat. Argentinien hat 1959 das erste Abkommen dieser Art zur Deckung des Transferrisikos vereinbart, dem 1963 ein zweites für politische Risiken wie Vertragsbruch, entschädigungslose Konfiskation und dergleichen folgte. Dieses Abkommen wurde von der damaligen Ilia-Regierung nicht ratifiziert, doch unter Menem wurde ein drittes Abkommen vereinbart, das rechtsgültig ist und diese Risiken abdeckt.

Als neues Betätigungsfeld garantiert OPIC jetzt auch Firmenbonds („obligaciones negociables“) gegen das Transfer- und das politische Risiko, so dass die Bonds zu niedrigeren Zinssätzen untergebracht werden, etwa 9% per annum, zuzüglich 1% OPIC-Provision. Ansonsten müssen argentinische Firmen im Ausland mehrere Prozente zusätzliche Zinssätze bezahlen, weil das Länderrisiko 500 bis 600 Basispunkte (5% bis 6%) über US-Treasuries beträgt, gegebenenfalls in Krisenmomenten doppelt so viel.

Muñoz erwähnte ein Zusatzabkommen, das mit der argentinischen Regierung vereinbart worden sei, worüber die Lokalregierung kein Sterbenswörtchen verlauten liess. Das entspricht ihrer eigenartigen Kommunikationspolitik, die sich darin erschöpft, schlechte Nachrichten wie die Arbeitslosigkeit tagelang breit zu treten und gute Nachrichten wie billige OPIC-Garantien zu verschweigen. Dümmer kann man es nicht machen.

Die argentinische Wirtschaft leidet unter Mangel an Bankkrediten für die Privatwirtschaft, die laufend abnehmen, weil die lokalen Zinssätze vielfach bei 20% liegen, gegenenfalls auch darüber, und mit Deflation unvereinbar sind. Wo immer billige Zinssätze auftauchen, wie jetzt mit OPIC-Garantien versehene Firmenbonds im Ausland, öffnet sich ein Fensterchen für einen unerlässlichen Konjunkturaufschwung, der leider auf sich warten lässt. Unterdessen bleibt die Stimmung in der Wirtschaft gedrückt.

Garantien, die von ausländischen Staaten (wie in diesem Fall über die OPIC) oder von internationalen Institutionen, wie der IWF und die Weltbank gewährt werden, erlauben einen besseren Zugang zum Finanzmarkt. Die Weltbanktochter MIGA („Multilateral Investment Guarantee Agreement“) ist auf Garantien für Auslandsinvestionen für politische Risiken (Enteignung, Konfiskation, Transferverbot, Vertragsverletzung) spezialisiert, so dass die betreffenden Firmen dann auch besseren Zugang zum Finanzmarkt haben. Mehrere Investitionen in Argentinien wurden mit dieser Garantie versehen. Die Weltbank selber hat letztes Jahr die Unterbrigung argentinischer Staatspapiere zum Teil garantiert, was sofort viel niedrigere Zinsen herbeigeführt hat. Wirtschaftsminister Machinea hat unlängst versucht, weiter in diesem Sinn beim IWF und der Weltbank vorzudringen, hatte jedoch bisher keinen Erfolg. Dies wäre gewiss die beste Hilfe, die diese Institute Argentinien gewähren könnten.